

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Schwierige Stellung Poincarés.

Die Aufnahme des neuen Kabinetts in Frankreich.

Paris, 29. März. (Eca.) Zu dem neuen Kabinett Poincaré schreibt das Blatt der französischen Industrie, die „Journée Industrielle“, die Rückkehr François Marais in das Finanzministerium eröffne die Aussichten auf eine großzügige Finanzpolitik und eine menschlichere Steuerpolitik. Capus komme ins Außenministerium, umgeben von viel Vertrauen und zahlreichen Sympathien. Worum komme Louchéur ins Handelsministerium? Es erscheine nicht zweifelhaft, daß dies geschieht, um die wirtschaftlichen Verhandlungen vorzubereiten und zu führen, die die neue Regelung der Reparationsfrage bereiten werde. Die Sorgen um die auswärtigen Probleme haben überhaupt die Bildung des neuen Kabinetts beherrscht. Die Beibehaltung Le Trocquers als „Sachverständigen der Ruhr“ sei ein Beweis dafür. Ein anderer Beweis finde sich in der Berufung Henri de Jouvenels und des Obersteuerrats Fabry, die beide Defektive Frankreichs im Völkerbund sind. Poincaré wolle zweifellos sein Kabinett so bilden, daß es die Wahlen überdauern kann. Vom allgemeinen Gesichtspunkt aus könne diese Voraussicht sich leicht rechtfertigen; sie schaffe jedoch eine zweideutige Stellung zwischen dem Ministerpräsidenten und seiner bisherigen Mehrheit. Diese werde es ihm nicht verzeihen, daß er scheinbar die Anstrengungen und die Opfer, die sie mit der Bewilligung der Ermächtigungsgesetze und der zwanzigprozentigen Steuererhöhung gebracht hat, besauerte. Wenn die Kabinetsmitglieder in ihrer Opposition gegen die auswärtige Politik Poincarés verbleiben, dann werde diese Opposition einen Bundesgenossen in der Bekämpfung der Gemäßigten finden, und dies könne die Existenz des Kabinetts recht schwierig machen. Sein Schicksal werde bereits in der ersten Kammer Sitzung zu erkennen sein.

Die Blätter des Blocks der Linken, wie der „Quotidien“ und die „Ere Nouvelle“ äußern sich mit allergrößter Schärfe gegen das neue Kabinett Poincarés. Das neue Kabinett, schreibt der „Quotidien“, ist nicht nur mittelwässrig und lächerlich, es ist auch vor allen Dingen durchaus verächtlich. Die „Ere Nouvelle“ schreibt, das neue Kabinett Poincaré habe den Eindruck nicht nur von Erstarrung und Ueberrückung, sondern von Demoralisation erzeugt. Der Ministerpräsident, der bereits das Vertrauen aller ehrlichen Republikaner verloren hat, habe nunmehr auch das Vertrauen der ehrlichen Menschen in allen Parteien verloren. Niemand im Verlauf der Geschichte des Parlamentarismus habe man es je erlebt, daß ein Minister ohne seine Mitarbeiter mit derartigen Rücksichtslosigkeit ohne irgendwelche Freundschafstropfen oder Dankbarkeit habe fallen lassen.

Auch in sehr gemäßigten politischen Kreisen wird das neue Kabinett mit großer Zurückhaltung aufgenommen. Man werde auf tun, schreibt der „Eclair“, mit Aufmerksamkeit die ministerielle Erklärung zu lesen, um das Geheimnis der neuen Kombination zu durchdringen, die mit einem gewissen Erlaunen aufgenommen worden ist. Wenn in gewissen Kreisen vorher gesagt wird, daß in der auswärtigen Politik das neue Kabinett eine wesentliche Schwächung bedeuten werde, so wird diese Auffassung mit der Anwesenheit Louchéurs und de Jouvenels begründet. De Jouvenel ist unabweisbar einer der Hauptverteiler des Völkerbundgedankens in Frankreich, und Louchéur ist und bleibt der Mann, der mit Lloyd Georges über den Plan von Chequers verhandelt und mit Rathenau das Wiesbadener Abkommen getroffen hat. Demgegenüber darf man aber nicht vergessen, daß Poincaré die beiden Hauptstützen seiner Außenpolitik, nämlich den Minister für öffentliche Arbeiten Le Trocquer und den Kriegsminister Maginot in sein neues Kabinett übernommen habe. Das „Geheimnis“ der neuen Kombination erkennen viele erfahrenere französische Politiker in dem Wunsch Poincarés, die Majorität der republikanischen Konzentration für die französischen Wahlen vorzubereiten.

Das Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ schreibt, man habe die „Geschicklichkeit“ Poincarés bewundert, der nach der Darstellung seiner Leute den Nationalen Block zerstückelt und dabei dem alten Kartell einen Schlag verleiht, indem er den rechten Flügel dieses Kartells in seine Mehrheit miteinbezieht, so sehr dieses auch aus dem Rahmen falle. Die Wirklichkeit sehe folgendermaßen aus: 1. Poincaré habe, koste es, was es wolle, am Ruder bleiben wollen, 2. Poincaré behalte Maginot und Le Trocquer, die Ruhrpolitik dauere also an, 3. Poincaré habe, um Léon Daudet einen Gefallen zu tun, den Innenminister Roumou nur ausbooken können, indem er mit ihm zugleich die alten Minister des ersten Kabinetts opferte. Jetzt sei die Aufgabe gelöst. Poincaré habe das Ministerium des Innern den Royalisten preisgegeben. Léon Daudet werde zufrieden sein und die Poincarésche Methode werde im Palais Bourbon weiter Schläger sein.

Im sozialistischen „Populaire“ schreibt Léon Blum, knapp ein Wochen vor den Wahlen und in eine Lage vor der Auflösung der Kammer trenne Poincaré sich in aufsehenerregender Weise von den Ministern, die sich für ihn kompromittiert hätten, ja sogar von der Kammermehrheit, die er selbst in einer nie wieder gutzumachenden Weise kompromittiert habe. In das Kabinett trete ein Henri de Jouvenel, der mit solcher Entschiedenheit das Ermächtigungsgesetz bekämpft, ein Louchéur und Daniel Vincent, die gegen das Ermächtigungsgesetz und die zwanzigprozentige Steuererhöhung gesprochen hätten, und ein François Marais, der Führer der Opposition in den Wandelgängen des Senats. Die Mitglieder der Gruppe Arago, die im Kabinett Briand eine so breite Stellung eingenommen hätten, seien im neuen Kabinett nur noch der Form halber vertreten. Dazu wäre dieses Ministerium der Kokerie noch links, wenn nicht deshalb, weil man am Quai d'Orsay und im Elysee das Ergebnis der Wahlen bereits im voraus kenne, und weil man die Notwendigkeit einiger Vorstandsregeln feststelle? Und was bedeutet die Heranziehung de Jouvenels — des Mannes des Völkerbundes — und Louchéurs, des Mannes von Chequers und Cannes, wenn man nicht die Notwendigkeit verspüre, den unmittelbar bevorstehenden Beschlüssen der Sachverständigen eine günstige Aufnahme zu bereiten?

„Überzeugungstreue“ Politiker.

Wie wiesen bereits heute morgen auf die merkwürdige Tatsache hin, daß zwei von den neun Mitgliedern des Kabinetts, nämlich Louchéur und Daniel Vincent, in der Kammer gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt haben und dennoch mit Hilfe dieses

Ermächtigungsgesetzes zu regieren gedenken. Aus dem „Matin“ erfährt man, daß zwei weitere neue Mitglieder des Kabinetts im Senat gleichfalls ihre Zustimmung zu dem Ermächtigungsgesetz verweigert haben, und zwar der bisherige Chefredakteur dieses Blattes, Henry de Jouvenel, der ausdrücklich gegen die Vertrauensfrage stimmte, sowie Marais, der sich der Stimme enthielt. Da dieses Ermächtigungsgesetz infolge geringfügiger Änderungen durch den Senat noch immer nicht endgültig verabschiedet ist, werden nun diese vier „Überzeugungstreuen“ Staatsmänner in der neuen Regierung die Vertrauensfrage für die Bewilligung von Maßnahmen stellen müssen, die sie selber bisher bekämpft haben!

Das europäische Dilemma.

London, 29. März. (W.B.) „Times“ schreibt in einem Leitartikel über das europäische Dilemma, Poincarés Stellung sei jetzt stärker als je. Am Vorabend der Wahlen selbst habe er eine unerwartete Gelegenheit erhalten, sein Kabinett umzubilden und zu stärken. Die Vermittlung der letzten Lage in Paris sei beherrscht worden durch den klaren und nachdrücklichen Hinweis des Präsidenten der Republik, daß, welche Regierung auch zur Macht gelange,

zwei politische Forderungen

unberührt bleiben, nämlich keine Räumung des Ruhrgebietes, bevor Deutschland zahlt, und feste Durchführung der Finanzreform. Dies sei das Programm, zu dem Poincaré verpflichtet sei, und mit dieser starken Unterstützung habe er sich in der Lage gesehen, die Regierung Frankreichs fortzuführen. Die Ruhrminister Maginot und Le Trocquer seien als einzige Minister beibehalten worden.

Diese Wahl sei bezeichnend,

Die Ruhrpolitik in allen militärischen und wirtschaftlichen Punkten werde aufrechterhalten. Der Grundsatz der Ruhrprotektion werde demonstrativ hochgehalten. Das neue französische Kabinett sei im übrigen nicht mehr ein Einmannkabinett. Der geschickliche Unterhändler Louchéur sei mit aufgenommen worden und es sei nicht unmöglich, daß er in der Lage sein werde, Poincaré

legendem nützlichem Kompromiß

vorzuschlagen. Jouvenel, der ebenfalls aufgenommen worden sei, habe bereits viele gesunde Gedanken über die europäische Lage zum Ausdruck gebracht. Er nehme außerdem besonderes Interesse an dem Völkerbund und werde deshalb vielleicht in der Lage sein,

einen maßgebenden Einfluß

auszuüben. Das neue Kabinett habe aber nur vorläufigen Charakter. Es müsse in einigen Wochen dem Lande gegenüber treten, und in diesem kritischen Augenblick könne der Einfluß der aus Poincarés Regierung entfernener Männer die Wählerschaft beeinflussen.

Zur vorgestrigen Rede des britischen Premierministers im Unterhaus übergehend, führt „Times“ aus, leider habe Macdonald nur eine verlässige und schlecht erwogene Erklärung abgegeben. Seine Gedanken und seine Energie seien von den ersten Schwierigkeiten, die durch den Streik in London geschaffen wurden, voll in Anspruch genommen. Er habe ungeduldig und unvorsichtig vom Standpunkt der Verhandlungen im einzelnen den gesamten Gedanken an irgendeinen Post zur Verteidigung der französischen Sicherheit verworfen. Er habe ein weiteres und unbestimmtes Programm der Reparationsregelung auseinandergesetzt, wonach Deutschland in den Völkerbund hineingenommen und hierauf eine internationale Abrüstungskonferenz einberufen werden soll. Es könne sein, daß einige der Gedanken, die dieser fälschlichen Skizze zugrunde liegen, vollkommen vernünftig seien. Es sei jedoch zu bedauern, daß der Premierminister sich gezwungen gesehen habe, sein Programm der Welt in dieser Gestalt zu unterbreiten. Es scheine weit mehr vor, als wozu die augenblickliche Lage berechtige und scheine aus diesem Grunde unwirksam zu sein. Die

Haltung vorsichtiger Referer

und ruhiger und freundschaftlicher Annäherung, die Macdonald bisher in internationalen Angelegenheiten gezeigt habe, sei bewundernswert gewesen, so daß es um so mehr zu bedauern sei, daß er seine Stellung durch eine unvorsichtige Rede geschwächt habe. Auch Lloyd Georges Rede sei nicht dazu angeht gewesen, die britische Regierung in einer sehr schwierigen Zeit zu unterstützen.

Stille Börse.

Am Wochenschluß stand der Verkehr an der Berliner Börse wieder im Zeichen vorsichtiger Zurückhaltung. Soweit heute Effektenkurse genannt wurden, lagen sie größtenteils auf der Höhe der gestrigen Notierungen oder gar etwas darunter. Im Verlauf gestaltete sich allerdings die Tendenz für Effekten etwas freundlicher, da bekannt wurde, daß größere ausländische Kaufordere für deutsche Bankaktie nach Berlin gelegt worden sind. Im Zusammenhang hiermit betand die Spekulation ein rotes Interesse für Bankaktien, für die bereits recht erhebliche Kursbestrebungen gesichert erschienen. Im Devisenverkehr lag der französische Frank wieder etwas fester. Man handelte London gegen Paris mit 78%. Im übrigen ist die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln unverändert groß. Die Reparationen waren im allgemeinen die gleichen wie gestern.

Der Riß in der Volkspartei.

Ableberische in Hannover.

Vor dem offiziellen Reichsparteitag der Deutschen Volkspartei, der in einem mit schwarz-weiß-roten Fahnen geschmückten Saale stattfindet, hat am Freitagabend eine außerordentliche Sitzung des sogenannten Zentralvorstandes der Partei stattgefunden, an der nicht weniger als 261 Vertreter teilnahmen. Die Sitzung selbst war vertraulich; Ueber die Verhandlungen wurde ein offiziöser Bericht herausgegeben, in dem es heißt:

Als Vorsitzender des Zentralvorstandes erstattete Reichsaußenminister Dr. Stresemann ein kurzes Referat über die politische Lage und die Politik der Partei. Stürmischer, immer wieder erneut eingehender Beifall folgte seinen Ausführungen. Daran schloß sich die Aussprache, die bis in die Abendstunden dauerte. Die Aussprache wurde in einem Geiste geführt, der bewies, daß die Mitglieder der Deutschen Volkspartei sich nicht nur Partei-freunde nennen, sondern es auch sind. Zur Gründung der Nationalliberalen Vereinigung wurde gegen vereinzelte Stimmen folgender Beschluß gefaßt:

Der Zentralvorstand stellt fest, daß politische Organisationen und ähnliche Verbindungen von Mitgliedern innerhalb der Partei nur möglich sind, soweit die Satzungen dieses gestatten oder die zuständigen Parteikomitees sie ausdrücklich genehmigen. Andere politische Organisationen innerhalb der Partei sind nicht möglich. Zu diesem Beschluß des Zentralvorstandes erklärten die anwesenden Mitglieder der Nationalliberalen Vereinigung folgendes:

Die anwesenden Mitglieder der Nationalliberalen Vereinigung erklären, daß sie nach der von dem Zentralvorstand festgestellten Grundsätze in den politischen Auffassungen bei ihren Freunden für die Ausführung des heutigen Beschlusses des Zentralvorstandes eintreten werden.

Diese Einmütigkeit zeigte sich auch bei der einstimmigen Annahme des von Herrn Professor Dr. Leibig verfaßten Wahlauftrages.

Das sieht fast wie eine Einigung der streitenden Brüder aus, ist es jedoch keineswegs. Die der Nationalliberalen Vereinigung nahestehenden Hugenberg- und Stinnes-Blätter wissen näheres darüber mitzuteilen. Es wird zunächst darauf verwiesen, daß gerade die führenden Persönlichkeiten dieser Vereinigung nicht an der Sitzung des Zentralvorstandes teilgenommen haben, z. B. die Herren Quack und Bögl. Die Stinnes-Blätter versichern auch, daß die Erklärung des Zentralvorstandes keineswegs eine Klärung bedeutet. Sie sei nur nach langwierigen, hin- und her schwankenden Verhandlungen außerhalb des Sitzungssaales zustande gekommen. Die wirklich entscheidenden Verhandlungen würden erst in den nächsten Tagen in Berlin geführt werden. Es sei keine einheitliche Auffassung darüber vorhanden, ob die Beschlüsse als „Sieg“ oder „Niederlage“ der Nationalliberalen Vereinigung anzusehen seien.

Im „Lokal-Anzeiger“ wird hinzugefügt, daß sich die Mitglieder der Nationalliberalen Vereinigung erst am Montag darüber schlüssig machen wollen, ob sie die Vereinigung auflösen oder in eine andere Form bringen wollen, die den Anschauungen der Partei entspreche. Als eine solche Form wird z. B. eine „wirtschaftliche Gruppe“ angesehen. „Sollte aber die Vereinigung ihre Existenz in der bisherigen Form aufrechterhalten wollen, so würden die in Hannover anwesenden Mitglieder der Vereinigung gemäß ihrer Zustimmung aus der Vereinigung ausscheiden, während möglicherweise einige wenige andere statt dessen den Austritt aus der Partei vorziehen könnten.“

Die Entscheidung wird also nicht auf dem Parteitag selber, sondern in weiteren Verhandlungen hinter den Kulissen gefällt werden. Nachdem den Zentralvorstand, einschließlich der nationalliberalen Mitglieder, zwischen beiden Gruppen „Einmütigkeit“ in den politischen Grundauffassungen“ festgestellt hat, wird es den Nationalliberalen ja auch nicht schwer fallen, bei den Stresemännern zu bleiben und dort die Weiterentwicklung nach rechts intensiver als bisher zu betreiben. Daß sie dazu einer besonderen Vereinigung nicht bedürfen, ist bei der engen Verbindung der Generaldirektoren untereinander ja ohnehin selbstverständlich.

Schlagt die Juden tot!

Als erste — Heißerich und Gerg!

Die Münchener „Großdeutsche Zeitung“, die für eine Woche verboten ist, veröffentlicht in ihrer letzten Nummer vor dem Verbot einen Artikel aus Ostpreußen, in dem der Versuch der Deutschnationalen, sich gleichfalls als „völkisch“ auszugeben, als ein frecher Betrug hingestellt wird. H. a. wird behauptet, der „völkische Ausschuß“ der Deutschnationalen sei unter den Vorhild des Abg. Graef gestellt lediglich zu dem Zweck, die Wähler zu täuschen und Verwechslungen mit dem Abg. v. Graefe herbeizuführen. Darüber wird dann gesagt:

Glauben die Deutschnationalen wirklich, daß sich eine enge Arbeitsgemeinschaft mit diesen Deutschnationalen wird herstellen lassen, die ihren obersten Grundsatz: „Juden raus!“ oder noch besser: „Schlagt die Juden tot!“ in der von uns geschilderten Weise mit Füßen treten? Und glauben die Deutschnationalen, mit ihren schönen Phrasen Gimpelung treiben und auch nur einen Deutschnationalen für sich, wenn auch nur auf dem Wege der Täuschung, gewinnen zu können? Die Deutschnationalen sollten sich einer so unwürdigen, auf Täuschung berechneten Kampfesweise schämen, soweit sie, was wir allerdings bezweifeln, überhaupt noch im Stande sind, Scham zu empfinden.

Also die Juden sollen totgeschlagen werden. Und w e l c h e Juden! Auch darüber spricht sich der Auffatz mit treudeutscher Ehrlichkeit und Offenheit aus:

Sehen wir uns doch einmal die Deutschnationale Volkspartei etwas genauer an. — Begründet ist sie von dem Juden Stahl; einer ihrer Führer ist Dr. Heilfisch, dessen Vater oder Großvater ein Vollblutjude war, ein weiterer Führer ist Herr Hergt, in dessen Adern gleichfalls jüdisches Blut fließt. Fast alle Grafen und Barone, die sich jetzt zur Deutschnationalen Volkspartei bekennen, haben eine Jüdin als Frau, Mutter und Großmutter. Solche Verbindungen waren notwendig geworden, um den infolge leichtsinnigen Lebenswandels einzelner Familienangehöriger stark reduzierten Hausbesitz wieder einmal etwas aufzufrischen. Der schwarzlockige, braunaugige, mit Händen und Füßen maulschneidende Professor Dr. Prener, seines Zeichens deutschnationaler Abgeordneter, stammt aus der Ukraine und vertrat schon von weitem den gallischen Juden.

Also, wenn die Befreiung des deutschen Volkes durch den großen Judentatbestand beginnt, dann mögen sie sich vorsehen, die Hergt, die Heilfisch, die Prener und alle die deutschnationalen Grafen und Barone!

Aber was wird mit Wulle, der ja auch schon von den deutschsozialen Antisemiten beschuldigt wird, nicht ganz reinrassig zu sein?

Wulle, Wulle, denk an deine Großmama!

Die völkischen Totengräber des Reichs.

Die Angeklagten im Münchener Hochverratsprozess hatten zwar — natürlich mit Ausnahme des psychopathischen Schwärmers Adolf Hitler — zunächst verkündet, daß sie auf ein eigenes Schlußwort verzichten würden; in letzter Stunde haben es sich jedoch die Hauptakteure dieser politischen Farce nochmals überlegt und Abschlusßreden doch vom Stapel gelassen. Warum sollten sie nicht? Dank der heillosen Lächerlichkeit der Richter und Staatsanwälte, denen man es anmerkt, daß sie innerlich in vielen Punkten mit den Hochverrättern übereinstimmen und die deshalb fast jede Beschimpfung der Republik und der Verfassung, ihrer höchsten Repräsentanten und ihrer Hoheitszeichen zulassen, ist dieser Prozeß zu einer unverhofften Propagandagelegenheit für die deutschvölkische Bewegung geworden. Nachdem nun sämtliche Verteidiger der Reihe nach sich widerspruchslos jede erdenkliche Frechheit hatten leisten können — in Leipzig vor dem Staatsgerichtshof hätte ihnen der aus Bayern stammende Oberreichsanwalt Ebermayer schon bei den ersten Ansätzen dermaßen auf den Schnabel geklopft, daß ihnen die Lust zu weiteren Versuchen gründlich vergangen wäre — würde es geradezu eine strafliche Beiseitenheit der Angeklagten gewesen sein, wenn sie auf eine so kostbare Gelegenheit verzichtet hätten, zum Fenster hinauszureden.

Es lohnt sich eigentlich nicht, sich mit diesen Herrschaften lässlich auseinanderzusetzen, nachdem sie nur zu deutlich bewiesen haben, daß Sachlichkeit ihre letzte Sorge ist. Nur eins sei ihnen gesagt: Sie geben an, daß sie im Gegensatz zu Kahr, Dr. Heim und den sonstigen Führern der bayerischen Wülfenbewegung für ein einiges Großdeutschland eintreten. Es mag schon sein, daß bei den meisten von ihnen dieses Ziel aufrichtig erstrebt wird. Aber sollten sie wirklich nicht einsehen, daß bei ihrer Art, über den allergrößten Teil des deutschen Volkes zu lästern, ihre Bewegung, wenn sie jemals Erfolg haben würde, unweigerlich zum Ende der deutschen Reichseinheit führen müßte? Erkennen diese Leute nicht, daß — um nur ein Beispiel zu nennen — die Bevölkerung gerade der meist gefährdeten Teile Deutschlands, des Rheinlandes und des Ruhrgebietes sich die Herrschaft solcher Rastermäuler keine zwei Minuten gefallen lassen würde? Gerade die besetzten Gebiete bestehen in ihrer erdrückenden Mehrheit entweder aus Anhängern des von Ludendorff beschimpften „ultramontanen“ Zentrums oder aus „Marxisten“. Die Wahlen zum laarländischen Landesrat haben erst jüngst gezeigt, daß die Nationalisten in wirklich national gefährdeten Gegenden nichts zu sagen haben. Der pfälzische Separatismus konnte erst gefährlich werden im Zu-

sammenhang mit der von der Münchener Regierung geförderten nationalsozialistischen und republikfeindlichen Umtriebe im rechtsrheinischen Bayern. Und es ist jetzt so weit gekommen, daß der höchste Justizbeamte des Reichs, der Oberreichsanwalt, angefaßt der Untergrabung aller Rechtsgrundlagen zugunsten der äußersten Reaktion über Bayern das furchtbare Wort prägte, es sei das „sogenannte Ausland“.

Aber den Völkischen scheint jedes Gefühl für die Wirkungen ihrer Politik abzugehen. Sie, die in brutallster und verletzender Art als gewalttätige Minderheit alle übrigen Teile des deutschen Volkes tagtäglich herausfordern, sie wagen es, von „Einigkeit“ und „Eintracht“ zu reden! In der Nummer des Münchener „Völkischen Kuriers“ vom 27. März wird ein „Deutschlandlied“ von Kurt Schrader (Schliersee), „Erzählung Ludendorff, dem Führer der völkischen Freiheitsbewegung in Ehrfurcht und Treue gewidmet“, veröffentlicht, das mit den Worten schließt:

„Das Reich, das mich geboren,
Ist nimmermehr verloren,
Wenn wir in Eintracht uns nicht selbst entzweien:
Ich bin ein Deutscher, will ein Deutscher sein!“

Niemand hat in Deutschland mehr Zwietracht in den letzten Jahren gesät, mehr wirtschaftlichen und politischen Chaos hervorgerufen als gerade die deutschvölkische Bewegung, die die Ermordung Erzbergers, Gareis' und Rathenaus, den Münchener Rosenbergschand und die Ludendorff-Rede vor dem Volksgericht auf dem Gewissen hat. Ist es den Völkischen mit der Rettung der Reichseinheit ernst, dann sollten sie ihre eigene Mahnung beherzigen — und von der politischen Bühne schleunigst verschwinden!

Kahrs Studienreise.

Protest der Verteidiger im Hitlerprozess.

München, 29. März. (B.S.) Wie wir hören, wird von der Verteidigung der Angeklagten im Hitlerprozess gegen die Auslandsreise der drei Kronzeugen Kahr, Löffel und Seißer Protest erhoben. Man bezeichnet es als unverständlich, daß in dem gegenwärtigen Stadium der Voruntersuchung die Angeklagten die Ausreisefreiheit erhalten haben, und verlangt von der Staatsanwaltschaft eine Aufklärung darüber, weshalb Kahr, Löffel und Seißer die Pässe nicht abgenommen worden sind, nachdem bereits vor einigen Tagen im Laufe des Prozesses der Erste Staatsanwalt Stenglein, der die Untersuchung führt, davon verständigt worden sei, daß die genannten Herren eine Auslandsreise zu machen beabsichtigten. Bekanntlich gab die Staatsanwaltschaft die Erklärung ab, daß ihr der Aufenthalt der Angeklagten bekannt sei, und man kann aus dieser Erklärung wohl den Schluß ziehen, daß die Erholungsreise im Einverständnis mit der Staatsanwaltschaft erfolgt ist, und daß Kahr, Löffel und Seißer sich verpflichtet haben, ihren jeweiligen Aufenthalt dem Ersten Staatsanwalt anzuzeigen, um auf Verlangen die Rückreise anzutreten und sich zur Verfügung zu stellen. Durch die am 1. April eintretende Auflösung der Volksgerichte in Bayern wird die Untersuchung an sich wieder aufgehoben noch beinträchtigt. Nach den im Reich geltenden Befehlen hätte die Durchführung des Ermittlungsverfahrens bis zur Voruntersuchung durch einen kommissarisch vom Staatsgerichtshof zu ernennenden Richter erfolgen müssen. Bei der faktischen Einstellung zum Staatsgerichtshof und zum Republikbeschwerde war es nicht möglich, dieses Verfahren vor das Leipziger Gericht zu bringen und so tief die Voruntersuchung — die bayerischen Volksgerichte konnten das Ermittlungsverfahren nicht — beim Volksgericht I in München. Nachdem mit dem 31. März die Zuständigkeit auch dieses Gerichtes erlosch, geht die Voruntersuchung nunmehr an die ordentlichen bayerischen Gerichte, und zwar an das Landgericht München über. Die Untersuchung wird voraussichtlich auch beim Landgericht vor dem Ersten Staatsanwalt Stenglein weitergeführt werden.

Das Volksgericht München I bleibt bis zum 15. Mai.

München, 29. März. (B.S.) Gemäß der am 1. April 1924 in Kraft tretenden tiefgreifenden Änderung des Ausbaues der Strafgerichte hat das bayerische Gesamtstaatsministerium eine Verordnung erlassen, wonach alle Gerichte mit Ausnahme des

Volksgerichts München I vom 1. April ab aufgehoben werden; doch eine Ausnahme mußte gemacht werden, weil es nicht möglich war, in dem Strafverfahren gegen Hitler und die Mitbeschuldigten wegen Hochverrats vor dem 1. April das Urteil zu verkünden und schriftlich zu begründen. Außerdem schweben auch wegen der Vorkommnisse vom 8. und 9. November noch verschiedene weitere Verfahren, die bis zur Erledigung des Hauptverfahrens ruhen, damit in ihnen die Ergebnisse des Hauptverfahrens verwertet werden können. Das Volksgericht München I wird solange fortbestehen, als es zur Erledigung jener Strafverfahren außerordentlich nötig ist, nämlich bis zum 15. Mai 1924.

Gegen die Verfolgung Quiddes.

Von den drei österreichischen Friedensvereinen erhalten wir folgende Zuschrift:

Vor kurzem erreichte uns die verblichene Kunde, Professor Quiddes sei in München unter der Beschuldigung des Landesverrats verhaftet worden. Dieses Verbrechen soll dadurch begangen worden sein, daß der berühmte Pazifist in einem Zeitungsartikel auf die großen außenpolitischen Gefahren hingewiesen hätte, welche aus den nicht vertummenden Gerüchten über die geheime militärische Ausbildung junger Leute in Deutschland entspringen. Prof. Quiddes hatte die Aufmerksamkeit der Reichsregierung und des Reichstages auf diese Gefahren gelenkt in der Hoffnung, daß durch eine parlamentarische Untersuchung die Gerüchte von geheimen, vertragswidrigen Rüstungen widerlegt und dadurch ein ernstes Konfliktstoff mit Frankreich aus dem Wege geräumt würde. Dieser Schritt war von der reinsten Vaterlandsliebe, von der lebhaftesten Sorge vor der Anwendung neuer erdrückender Repressalien seitens Frankreich eingegeben.

In dem Vorgehen Quiddes Landesverrat zu sehen und durch die schärfsten Mittel, selbst die Verhängung der Untersuchungshaft, ahnden zu wollen, charakterisiert in trauriger Weise die Verwirrung aller Rechtsbegriffe im Deutschen Reich, insbesondere in Bayern, wo der Ausnahmezustand überdies die Grenzen der Kompetenzen der obersten Gewalt in bedenklichem Maße vermischt hat.

Wenn auch inzwischen die Enthaltung Quiddes wegen Wahrung der Fluchtgefahr erfolgte, so halten es die österreichischen Friedensorganisationen doch für ihre Pflicht, schärfsten Einspruch zu erheben gegen das jeder Rechtsgrundlage entbehrende Vorgehen der bayerischen Behörden, insbesondere aber gegen den Geist des hinteren Chauvinismus, der in selbstmörderischer Weise die Revanchelust im deutschen Volk nährt, jede ehrliche Erfüllungspolitik unmöglich macht und die heute der Regelung der Reparationsfrage relativ günstige Lage auf das schwerste schädigt. Wir protestieren mit allem Nachdruck gegen das System der Verfolgung deutscher Patrioten, die durch Infolge Erfüllung der Verpflichtungen von Versailles und Befämpfung des auf einen Reananzkrieg hinarbeitenden Nationalismus den wahren Frieden herbeiführen und Deutschland vor dem Untergang bewahren wollen.

Der Achtstundentag in Mecklenburg.

Ein demagogischer Antrag der Deutschvölkischen.

Schwerin, 29. März. (B.S.) Der mecklenburgische Landtag nahm u. a. einen Antrag der Deutschvölkischen an, den Achtstundentag beizubehalten. „Solange erhöhte Ertragsleistung nur zu einem verstärkten Fremdenlohn gegenüber dem internationalen jüdischen Weltkapital führt. Bei Mehrarbeit soll den Arbeitern ein „Mitbestimmungsrecht“ und eine besondere Vergünstigung gewährt werden.“ Ein weiterer völkischer Antrag auf Abbau des Landtages in dem Sinne, daß auf je 8000 Stimmen (bisher 5000) ein Abgeordneter entfällt, wurde abgelehnt.

In Württemberg hat sich ein völkisch-vaterländischer Block für die Reichstags- und für die gleichzeitig stattfindende Landtagswahl gebildet, dem neben den völkischen und nationalen Vereinigungen auch die Bürgerpartei (Deutschnationale Partei) angeschlossen ist. Der Block stellt eine völkisch-vaterländische Einheitsliste auf, die als Spitzenkandidaten den bisherigen Reichstagsabgeordneten Bazille (Deutschnational) und Alfred Roth aufweist.

Schrekers „Irelohe“.

(Uraufführung in Köln.)

Wir stehen zweifellos an einem Wendepunkt der Operngeschichte. Der Opern schreibt, muß sich bekennen. Der eine wird zu dem märchenhaft-illusionären, bewegungsarmen, nur vom Willen zu schöner, ausdrucksstarker Musik diktierten Oper der Arien und Chöre gelangen. Hier ist Musik, reine Musik, das Beste und Größte, das Theater ein Notbehelf, ein Mittel zur stärkeren Resonanz, der materielle Bühnenvorgang ein bewußtes Spiel mit dem Schein. Die neue Richtung, die der Zukunft, wird daher vom Volke des Musikdramas soviel wie möglich abwertet. Die Gegenwart indes ist einer zweiten Richtung verschrieben, deren Stammvater Wagner heißt. Er hat sowohl für die aus dem Schauspiel gewachsene Oper wie für die psychologisierende, nach innen verteilte Tragödie den entscheidenden Wurf getan. Ebenso stark ist die Musikkraft Verdi, der sogar am Drama vorbeikomponieren durfte und allein durch die Vitalität seiner Musiksprache, seiner melodischen Gebärde den Hörer beglückt.

Franz Schreker ist in der Oper „Irelohe“ der letzte große Ausläufer dieser zweiten Gruppe. Oder vielmehr: er hat sich durch seine besondere Richtung von erstem, instinktiv treibenden Theater-temperament und Hang zur symbolisierenden Darstellung tatsächlicher Geschehnisse aus konvergierenden Richtungen heraus seinen Stil geschaffen. Der aber heißt: großes Theater, sinnliches Spiel, farbiges, schillerndes Miteinander von Wort, Ton, Licht, Szene, Volk und Individuum. Seine Dichtungen haben in sich selber schon im Urzustand all jene Schwebungen der Stimmung, Momente der Leidenschaft, Kraftgebärden der Erotik, die seine Musik dann erfüllt, ergötzt, ohne neue zu schaffen. Er ist ein Meister der orchestrale Variation jener tönenden Urkräfte, die seinem Werk als Untergrund dienen. Denn einer beispiellos großartigen Technik schießt, pumpt, verjüngt und vergrößert er sein Material so, daß es in jeder Situation dem menschlichen Moment angepaßt ist. Ein Bild, ein helldunkles Hörnermotiv, eine Liebesromanz, wachsen sich von einfachen Themen zum Stoff für ganze sinfonische Zwischens- und Vorspiele aus. So konnte sich einmal das Gefühl einer Erstfindungsgestalt einstellen, wenn das Akkorit der Instrumente nicht immer wieder Wechsel und Nuancen für das Ohr schätze. Nun ist dieser Orchesterklang allerdings völlig in uns eingegangen. Was in den „Gezeiten“ im „Schlaggraber“ noch unerhört neu und kühn erschien, ist heute als Schrekerisches Melos unser Besitz. Der Klang verlor nichts an Reiz, nichts an Bedeutung, und dennoch wünscht der Hörer wieder neues Reimaterial, große ausladende Melodie. Im Effekt, sei es dem der Lust oder dem der höchsten Seelenkämpfe, gelangt Schreker das. Im stilleren, in sich vertieften Liebesdrama, im heucheligen Plündern der Seelen wird seine Musikpalette bloßer an Farben. Sein Melos in der „Irelohe“ sammelt Strahlen des Wagnerischen Melos in sich und wirft sie im bunten Netz eigenartig zurück. Selbst das Wagnerische Ethos rückt sich in ihm. Der Kern des Werkes ist eine Wagnerische Erlösungsdeutung. Wo das Dichterwort spricht und denkt, da ist das Bedeutendste mit unbewußtem Besenmerkmals gestaltet. Wo die Stimmen selbständig

werden, da ist — wie im ersten Akt und am Ende des Werkes — oft vollendeter Zusammenklang von Gesang und Orchester. Zuweilen aber, wie im zweiten Akt, schleppt sich dieser Einigungsversuch langsam dahin und löst sich erst in Momenten auf, die auf diese effektvolle Steigerung zu wirken schienen. Es ist dann ein Leuchten oder ein dämmeriges Glitzern zu spüren, das dem theatralischen Vorwurf die äußerste Bewußtheit und letzte Spannkraft verleiht.

Irelohe ist eine alte Grauburg. Ein wildes Geschlecht haust hier in lockerer Sittlichkeit. Heißes Blut treibt die jungen Ritter zu den Frauen. Vor dreißig Jahren raubte einer die Braut des Christobald, Vasa, und verheiratete sie vor dem Volk. Die Frucht dieser sündigen Tat ist Peter. Der liebt des Fürstlers Tochter Eva. Ihr stellt Heinrich, der junge Graf von Irelohe, nach. Sie weiß, daß dieser Heinrich ein Weltabgewandter ist. Ihn von der Erbünde der Väter zu befreien, ist sie zu dem größten Opfer des Weibes bereit, sich ganz hinzugeben. Doch Heinrich tötet die Väter, das Dämonisch-Triebhafte in sich selber ab, um den Fluch des Hauses zu führen. Er mocht Eva zu seinem ehelichen Weib. Christobald, der dreißig Jahre unter dem Vorwurf seiner eigenen Feigheit litt, kehrt zurück, verrät die Schande Vasas, krüdet Rache für jene unselbige Handlung. Dieser verlangt, ungebändigt, vom Grafen Eva, die Braut. Wenn nicht für immer, so für eine Nacht. Noch einmal schmeißt über den Menschen das Gespenst der tierischen Brunnst. Da erschlägt Heinrich seinen eigenen Bruder. Christobald hat indes Irelohe in Brand gesteckt. Während die Burg, das Symbol einer rein Körperlichen, irren Liebe, zusammenbricht, schreien Eva und Heinrich dem Morgenrot entgegen, verbunden in wahrer Liebe, die eine Liebe der Geister, Seelen und Körper zugleich ist.

Diese Dichtung ist von ungewöhnlicher Straffheit. Durch die Straffheit der Handlung weht dennoch der Atem des Reinen, des Ausgleichenden, des Schuldlosen. Man fühlt, daß hier Schleusen des menschlichen Triebdaseins geöffnet sind, daß durch Schicksal und Berührung Menschen zu Tieren geworden sind. Der Gott und die Bestie in unserer Brust kämpfen den Kampf dieser Unglücklichen mit. Den Kontrast zu der tragischen Tonart bilden sehr geschickt ein paar Buffomusikanten (die „Zünder“) und die rhythmisch wie flüchtig derben Tänze des Schlußaktes. Im Schaffen Schrekers bedeutet diese reiche, schwärzliche, kunstvolle Partitur eine Steigerung. Klarer, transparenter, sinfonischer und gedungener hat er kaum je geschrieben. Theatralisch ein Höhepunkt. In dieser „Irelohe“ hat Schreker sich freigeschrieben. Möglich, daß dies das Ende der großen Schauspieloper ist.

Die Uraufführung war ein großer Erfolg. Da sowohl (sämlich wie dort) ein mittleres Niveau nicht überschritten wurde (mit Ausnahme des eigenartigen Menzinsky und des herben Hannes), so ist neben Schreker nur der überagende, feinsinnige, höchst eindrucksvolle Orchesterleiter Otto Klemperer für diesen Erfolg verantwortlich. In Berlin werden wir ihn noch einigen Jahren kontrollieren.

Kurt Singer.

Kauffmannsungen der Woche. Dienst. Revue-Theater: „Sommer“. — **Müllers. Schauspieltheater:** „Die Frau Franke“. — **Frei. Bühne:** „Eine glückliche Ehe“. — **Sonntag. Volkstheater:** „Sibyllen“. — **Königs Oper:** „Die spanische Kaiserin“.

Das heimgekehrte Amalfi. Der furchtbare Erderschlag, der in Amalfi so große Zerstörungen angerichtet hat, ist nicht die erste Heimsuchung, die dieser idyllische Ort, die Perle des Golfes von Salerno, über sich ergehen lassen muß. Amalfi soll von römischen Familien, die auf der Fahrt nach Konstantinopel Schiffbruch erlitten haben, gegründet worden sein. Unter der Herrschaft der Normannen nur unbedeutendes Fischerdörfchen, entwickelte es sich später zu einer blühenden Handels- und Hafenstadt. Der Reichthum Amalfis erweckte bald die Habgier der Bisaner, die die Stadt im Anfang des 12. Jahrhunderts mehrfach geplündert und fast völlig in Asche gelegt haben. Die Bewohner ließen sich jedoch nicht entmutigen und bauten ihre Stadt wieder auf. Die Errichtung eines mächtigen Zisterzienserklösters, auf einem Abhang hoch über der Stadt, trug dazu bei, Amalfi zu einer neuen Blüteperiode zu verhelfen. Aber das Schicksal erklärte sich gegen die unglückliche Stadt. Im Mittelalter wurde sie von demselben Gischbach, dessen Fluten auch jetzt die Zerstörungen angerichtet haben, mehrfach in Trümmer gelegt. So wurde aus der blühenden Seestadt, die noch dazu im 16. Jahrhundert dauernd von Seeräubern heimgesucht war, der idyllische kleine Ort, der es heute ist. Das Zisterzienserklöster wurde im Anfang des 16. Jahrhunderts von den Kapuzinern übernommen, vor einigen Jahrzehnten, nachdem es im Jahre 1899 durch einen Veranlassung beschädigt worden war, renoviert und in einen Gasthof umgewandelt. Von Amalfi führt auf hohen Klippen, bis zu 150 Meter über dem Meer, der in die Klippen eingehauene Straße nach Salerno, an der sich, inmitten von Zitronen- und Orangengärten, reiche Italiener und Fremde ihre auf das blau gleichende Meer hinausschauenden Villen erbaut haben. Auch hier mag der Erderschlag manche Vilde gerissen haben. Amalfi hat übrigens auch eine literarische Erinnerung. Denn in einem kleinen Gasthof am anderen Ende der Bucht, „zur Luna“ genannt, hat Oben keine „Nora“ geschrieben.

Artenausstellung. Theater. Täglich außer Freitag 8, 7 u. 9 Uhr „Schnelle und Gasse“. Freitag 7 Uhr: Dr. Krawitz. „Ergebnisse aus dem Ausland“. Samstag 9 Uhr: „Das Wandern der deutschen Jugend“. Freitag 8 1/2 Uhr: Dr. Lederer, „Reichlich II“. „Sofial. Sonntag 7 1/2 Uhr: „Nur und wider den Christismus“. Montag 8 Uhr: „Die Schiller-Verdammung“. Dienstag 8 Uhr: „Kraus, Das System der Arabologie“. Mittwoch und Sonntag 8 Uhr: „Das Königreich“. Freitag 8 Uhr: „Baumeister Lehms“. „Malerische Volkstänze Nordmecklenburgs“.

Die Caphuron-Ausstellung. Charlottenburg, Palaststr. 33, eröffnet am 1. April eine Gelanstellung von Georg Walter Köhler, die außer einer größeren Anzahl von Gemälden auch Handzeichnungen, Skulptur und illustrierte Bücher dieses Künstlers zeigen wird.

Dr. Kurt Hiller trägt in einem Vortrag von drei Vorträgen (Dienstag, 8. Freitag 11. Sonntag, 12. April) seine neue Schrift „Politik der Synthese“ im Friedrich-Wilhelm-Gymnasium, Kochstr. 17, abends 8 Uhr, vor. Schriftliche Vorbereitungen der Karten zu M. 1. — (Eintrittsbeitrag) und M. 2. — (Eintritt) unter Einwirkung des Bezugs an Hermann Drechsler, Berlin-Friedenau, Vederstr. 24/1.

Deutsche Kräfte in England. In London sollte die Centralverwaltung des Verbandes der Varietékünstler den Beschluß, den Kausalität aller der ehemaligen Reichskriegsangehörigen anzuheben und in die nächsten Monate aufzugeben. Der Beschluß soll jedoch wieder in Kraft treten, falls den englischen Varietékünstlern in irgendeiner der in Frage stehenden Länder eine Beschränkung der Einreise auferlegt wird.

Justiz gegen Kommunisten.

„Landesverrat“. — Ein unverständliches Urteil.

Am 10. Februar 1923 erschien in der „Roten Fahne“ ein Bericht aus Stuttgart. In ihm wurde mitgeteilt, daß das dortige kommunistische Blatt wegen einer Kotiz „Sabotage im besetzten Gebiet“ beschlagnahmt worden sei. Die Inhaltsangabe der Kotiz, die zur Beschlagnahme führte, hat nun dem verantwortlichen Redakteur der „Roten Fahne“, Otto Steinke, einen der landesüblich gewordenen Landesverratsprozesse eingetragen. Am Freitag stand er deshalb vor dem fünften Strafsenat des Reichsgerichts. Dort beantragte der Vertreter der Reichsanwaltschaft gegen ihn nicht weniger als zwei Jahre Zuchthaus. Der Strafsenat erkannte auf zehn Monate Zuchthaus, die in eine Gefängnisstrafe von einem Jahr drei Monaten umgewandelt wurden. Der Rechtsanwalt ließ daraufhin den Verurteilten sofort verhaften.

Das Urteil erscheint uns, von seiner politischen Wirkung zunächst abgesehen, juristisch vollkommen unhaltbar. „Landesverrat“ nach § 92 StGB. — und nur dieser kommt hier in Betracht — kann doch nur begangen werden durch öffentliche Bekanntmachung von „Nachrichten“, von denen der Täter weiß, daß ihre Geheimhaltung einer anderen Regierung gegenüber für das Wohl des Deutschen Reiches oder eines Bundesstaates erforderlich ist. Selbst wenn man der Meinung ist, daß ihre Veröffentlichung im Ruhrgebiet ins Bereich solcher „Nachrichten“ fallen, dann lande es sich bei der „Roten Fahne“ doch nur um Nachdruck von schon veröffentlichten und der „anderen Regierung“ zweifellos längst bekanntgewordenen Mitteilungen. Wird aber ein „Geheimnis“ nicht preisgegeben, so kann doch ein „Landesverrat“ nicht vorliegen. Das ist juristisch allgemein anerkannt. Um so unverständlicher erscheint das Reichsgerichtsurteil gegen den kommunistischen Redakteur, das bekanntlich endgültig und keinerlei Nachprüfung mehr unterworfen ist.

Die politische Wirkung eines solchen Urteils ist angesichts des Münchener Hitler-Prozesses mit seinen das Land außerordentlich schädigenden Einzelheiten geradezu katastrophal. Dort werden die „Erzelenzen“ wegen Hochverrats in zarterer Form behandelt und gegen sie milde Feststrafen verhängt. Der Kommunist aber wird mit Zuchthaus bestraft wegen einer Zeitungsnachricht, die zwar im Stile der „Roten Fahne“ gehalten, aber doch ungläublich milder ist als vieles andere, was in dem Blatte sonst zu lesen steht.

Eine solche Ungleichheit in der Bewertung politischer Vergehen muß zu Vergleichen herausfordern, die für die deutsche Justiz keineswegs angenehm sind. Das Wort „Klassenurteil“ formt sich ganz unwillkürlich. Und es ist für deutsche Richter ein sehr schwaches Entgelt, wenn in der selben Nummer der „Roten Fahne“, in der sie über das Leipziger Urteil als von einem „Schandurteil der Klassenjustiz“ berichtet, gleichzeitig aus Sowjetrußland gemeldet wird, daß der „Kongress der Arbeiter der Sowjetunion“ beschlossen habe, „im Strafmaß das Prinzip der Klassenjustiz streng durchzuführen“. Wir wissen zwar, daß auch deutsche Richter den Einflüssen ihrer Erziehung und ihrer Umgebung, kurz ihrer Klassenlage, unterworfen sind, aber wir möchten nicht, daß bei uns „das Prinzip der Klassenjustiz“ streng durchgeführt werde. Das mag in Sowjetrußland, dem Paradies der Kommunisten, als Weltanschauung betrachtet werden — bei uns wollen wir Beseitigung aller Klassenmäßigen Rechtsprechung. Und deshalb halten wir das Leipziger Urteil für doppelt verfehlt.

Eine Rede Severings.

In einer außerordentlich stark besuchten Wählerversammlung in Sieglitz sprach gestern der preussische Minister des Innern, Genosse Severing. In diesem Wahlkampf, führte er aus, enthalten die Anhänger der Rechten eine intensive Tätigkeit, die man bei den früheren Wahlen nicht bemerkte. Damals brauchten diese Leute sich weniger um den Ausgang der Wahlen zu bemühen, denn die amtlichen Stellen waren ja von ihren Befürwortern besetzt. Heute ist eine gewisse Presse bemüht, alles Unglück, das seit Friedensschluß über uns hereingebrochen ist, den verschiedenen Koalitionen in die Schuhe zu schieben. Aber schon die Kriegszeit hat uns Entlehrungen gebracht, die jetzt leider noch anhalten. Niemand wird den Ruhen- und Karmeladenwinter von 1916/17 vermissen. Die Wohnungsnot fehlte schon während der Kriegszeit ein, und auch der Schulabbau machte sich unangenehm bemerkbar. Und damals regierten noch keine „Republikverbrecher“, sondern es waren Konfessionen, die das Staatsgeschick lenkten. Was wir im November 1918 erlebten, war weiter nichts als der Zusammenbruch der militärischen Macht. Hätte Deutschland den Sieg heimtragen können, so wäre es nicht zu einer Änderung der Staatsform gekommen. Wenn die Sozialdemokratie immer als „antinationale“ hingestellt wird, so ist es verwunderlich, daß 1918 die sogenannte nationale Kreise den Weg zur „antinationalen“ Sozialdemokratie fanden und diese beschworen, sich doch der zurückflutenden Heeresmassen anzunehmen und für Ordnung zu sorgen. Die Sozialdemokratie kann für sich in Anspruch nehmen, alles getan zu haben, was im Interesse des deutschen Vaterlandes notwendig erschien. Jetzt ist es sehr leicht zu sagen: „Wir zahlen einfach nicht, komme, was da kommen mag!“ Mit den im Lande verbergen Waffen kann man wohl im Innern ein Blutbad anrichten, aber zu mehr langen sie nicht. In dem Augenblick, wo wir gegen Frankreich ziehen würden, würde das angegriffene Land von anderen Staaten unterstützt werden. Können die Deutschnationalen wirklich zur Macht, so würden sie sehr bald ihre großen Worte vergessen und eine Außenpolitik treiben, die sich den gegebenen Notwendigkeiten besser anpaßt. Wer ehrlich die Befreiung Deutschlands will, der setze dafür, daß dem Staate Steuerquellen erschlossen werden. Für Abrüstung sind wir sehr entschieden. Wir verlangen aber, daß sie überall in gleichem Maße vorgenommen wird. Der neue Reichstag wird schwerwiegende Fragen der Sozialpolitik zu regeln haben. Die Rundgebungen in der letzten Zeit, veranstaltet von industriellen Verbänden und vom Reichslandbund, haben klar und deutlich gezeigt, daß diese Kreise nicht im geringsten daran denken, die bestehenden Arbeiterrechte zu verbessern, sondern drauf und dran sind, noch eine Verschlechterung herbeizuführen. Der Reichstagsentwurf wird einen neuen Gesetzeszug antreiben, wenn die deutsche Arbeiterklasse die Notwendigkeit der Geschlossenheit erkennen wird. Ein Sieg der Reaktion bei den Reichstagswahlen würde aber nicht nur soziale Reaktion im Reich bedeuten, sondern auch auf die Einzelstaaten zurückwirken und Preußen in ein zweites Bayern verwandeln.

Severing schloß unter stürmischem Beifall: „Fort mit jedem Faschismus! Der Feind muß angegriffen werden, wo er steht!“ In der Diskussion machten sich vor allem Deutschnationalen und Nationaldemokraten bemerkbar. Genosse Severing fertigte sie in seinem Schlusswort ab. Die Versammlung endete mit einem stürmischen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Die Findigkeit der Post.

Das Bied von der Findigkeit unserer Post ist außerordentlich lang, und immer wieder sind neue Verse hinzugekommen, immer wieder hat man mit neuen Beweisen von der Findigkeit der Post aufwarten können. Aber alles das, was man bisher von der Findigkeit der Post wußte und hörte, wird weit in den Schatten gestellt durch das neue Telefonbuch, das eine wahre Fundgrube der Findigkeit der Post darstellt, das heißt in diesem Fall der Findigkeit leitender Stellen im Reichspostamt. Da heißt es nämlich ungefähr folgendermaßen: Um auch den Bewohnern Berlins, die kein eigenes Telefon besitzen, die Möglichkeit zu bieten, bei nützlichen Anlässen die Polizei durch das Telefon zu benachrichtigen, kann in Zukunft die telefonische Meldung: Ueberfall! auch von einem Telephonautomaten in öffentlichen Fernsprechstellen und Kiosken artikuliert werden. Diese telefonische Meldung ist natürlich gebührenpflichtig. In Ausnahmefällen kann aber, wenn der Telephonierende keine Telefonmarke besitzt, von der sofortigen Bezahlung Abstand genommen werden. Es genügt, daß Name und Wohnung angegeben werden, worauf dann später die Einziehung des Betrages für das Telefonat erfolgt. Diese Bestimmung macht der Findigkeit des Herrn Geheimrats im Reichspostamt alle Ehre. Man stelle sich das mal vor. Jemand wird nichts in der Wohnung einbrechen heimgeführt. Ein Telefon hat er nicht, aber er legt sich sofort, halt, jetzt kann ich ja auch von einer öffentlichen Fernsprechstelle aus die Polizei telephonisch benachrichtigen, daß ich nächstheraus sehr unerwünschten Besuch erhalten habe. Während nun die Ehefrau und die Kinder und wer sich sonst noch immer in der Wohnung außer dem Hausherrn befindet, angenehm und liebenswürdig mit den Herren Einbrechern plaudert, zieht sich der Hausherr den Schlafrock an und schlüpfert auf Schlafschuhen zum nächsten öffentlichen Telefon, um die Alarmmeldung: Ueberfall! an die Polizei zu geben. Die Einbrecher aber sehen schmunzelnd zu, wie der Hausherr zum nächsten Telefon auf der Straße eilt, mahnen ihn noch zur Eile und warten, bis das Automobil mit der Sipo vor das Haus gedonnert kommt.

So geschah im März 1924! Und da behauptet man noch, daß keine Wunder mehr gesehen! Nur eine kleine Frage: Ist es denn wirklich gar nicht möglich, daß diese — Findigkeit abgebaut wird?!

Die Aprilmiete.

Das städtische Zentralamt für Wohnungswesen teilt mit: Der Minister für Volkswohlfahrt hat in seinem Erlass vom 8. März bereits die Zuschläge für Verwaltungskosten, für die Betriebskosten und laufenden Instandsetzungsarbeiten für April mit zusammen 31 Proz. in Berlin festgelegt. Der Magistrat hat sich hierauf in außerordentlicher Sitzung heute mit weiteren Änderungen der Magistratsbesanntmachung zum Reichsmietengesetz beschäftigt. Die beschlossenen Änderungen beziehen sich auf die in Häusern mit Sammelheizung und Warmwasserversorgung für den Einlauf der Heizstoffe zu erhebenden Zuschläge und auf die Regelung der Zuschläge bei untervermieteten Räumen. Nach der Neuordnung, die am 1. April d. J. in Kraft tritt, ist der Vermieter berechtigt, nicht wie bisher an jedem Vierteljahrsersten, sondern an jedem Monatsersten die außerordentlichen Zuschläge für den Einlauf der Heizstoffe zu erheben. Weiter ist beschlossen, bei untervermieteten Räumen den Zuschlag für die Ueberlassung und Abnutzung von Einrichtungsgegenständen, Wäsche, Gardinen, Geschirre usw. sowie die Säuberung der Mieterräume und Reinigung der Bettmatten und Gardinen herabzusetzen. Der Zuschlag darf nunmehr folgende in Goldmark zu berechnende Hundertsätze der auf den leeren Raum entfallenden Friedensmiete nicht übersteigen: bei einfach möblierten Zimmern und Wohnungen 40 vom Hundert, bei elegant möblierten Zimmern und Wohnungen 60 vom Hundert, bei elegant möblierten Zimmern und Wohnungen 100 vom Hundert. Die Bekanntmachung wird am 31. März im Gemeindeblatt veröffentlicht.

Mieter, Mieten und Reichstagswahl.

Ueber dieses Thema sprach in der gestrigen Wählerversammlung in Neukölln Landgerichtsrat Genosse Kuben. Das Miet- und Wohnungswesen ist eine Frage — so führte er aus — die am 4. Mai auch auf dem Spiele steht. Dem Mieter wird die nächste Stellungnahme erspart, weil die Mieterschaft, die doch die Masse der Masse darstellt, der kleinen, aber sehr rührigen und einflussreichen Schicht der Hausbesitzer gegenübersteht, die bewundernswert organisiert sind. Sie haben es verstanden, politische Parteien und Organisationsstellen für sich zu gewinnen; während die große Masse der Mieterschaft zerstückelt und uneinig ist. Die Hausbesitzer gehören noch ihren Behauptungen zu den behavenswertesten Teilen der Bevölkerung, aber trotzdem sammeln sie jetzt tüchtig für einen Wahlkampf, den sie den Parteien zur Verfügung stellen, die gegen das Mieterschaft-Gesetz gestimmt haben, den Deutschnationalen und den — Kommunisten. In der letzten Nummer des „Grundbesitzers“ wird betont, daß durch die dritte Steuerministerordnung ein Diebstahl am Privatvermögen des deutschen Hausbesitzes begangen wurde. Die Deutschnationalen machten sich diesen Standpunkt zu eigen. Sie wußten, was sie tun. Die Mieterschaft zäpften wir Mieter, sie wird vom Hausbesitzer nicht bezahlt, obwohl dem Hausbesitzer das freie Eigentum verbleibt. Die Mietssteuer wird nur durch die Arbeitskraft der Arbeiterschaft bestritten. Zu einer produktiven Wohnungspolitik reicht sie aber nicht aus. Es ist ein Standal unglücklichster Art, daß man diese Zusammenhänge in der breiten Öffentlichkeit verschweigt. Die Hausbesitzer gehen darauf hinaus, das Lumpenproletariat aufzurufen. Zu Tausenden sollen dann die Wohnungslosen demonstrieren, weil die Zwangswirtschaft keine Wohnungen gebracht hat. Mit diesen geschäftigen und entstellten Praurimenten sucht man nun Gläubige und Dumme zu fangen. Die Behauptung, daß die Zwangswirtschaft Schuld daran hat, daß keine Wohnungen gebaut worden sind, ist eine Lüge. Rein Gesetz verbot und verbietet das Bauen. Aber statt Arbeiterwohnungen zu bauen, spekuliert man mit den Baugeldern. Der Kapitalismus ist unfähig, eine produktive Wohnungspolitik zu treiben. Das ist die Meinung aller Einseitigen, auch vieler Bürgerlichen. Erdbürger sagte zum Beispiel, daß die Verdrößerung der Wohnungsfrage in den letzten Jahrzehnten himmelschreiende Sünden des kapitalistischen Prinzipals und Systems sind. — Schon am 1. April wird die Miete so hoch sein, daß dem Hausbesitzer eine angemessene Verzinsung verbleibt. Der Mieter wird für die Hausinstandhaltung und für die Inzinsen des Grundbesitzes zu sorgen haben. Wir haben ein Reichsmietengesetz, das die Mietsbestimmung der Mieterschaft festlegt. Aber die Geschlossenheit der Mieter fehlt. Alle persönliche Ungleichheit, gleich welcher Art, muß zurückgestellt werden. Scharf muß widersprochen werden, wenn es heißt, daß Republik und Sozialdemokratie hier nichts getan haben. Die sozialdemokratische Fraktion im neuen Reichstag wird die wirtschaftlichen Interessen der Mieter durchsetzen können, wenn sie stark und kraftvoll aus der Wahl hervorgeht.

In größter Sachlichkeit verließ die Diskussion, an der sich vorwiegend unsere Genossen beteiligten. Der einzige kommunistische Redner war ein trauriges Symptom für die politische Rückständigkeit jenes sich in kommunistischem Fahrwasser bewegenden Teiles der Arbeiterschaft.

Die Schiffahrt auf der Oder, Havel, Spree und Elbe ist jetzt wieder in vollem Gange. Aus Stettin kamen schon Dampfer im Berliner Westhafen ein, die Heringe geladen hatten. Zugeliefert wurden im Westhafen rund 40 000 Tonnen Getreide.

Schulturnen in Schönberg.

In der Schönberger Rückert-Schule wurde gestern ein öffentliches Schulturnen veranstaltet. An ihm beteiligten sich Schüler und Schülerinnen von höheren Schulen, von Mittelschulen und von Volksschulen. Eltern, Vertreter der Lehrerschaft, Mitglieder des Bezirksamts und der Schulverwaltung sahen zu. Auch Bezirksbürgermeister Berndt und Stadtschulrat Paulsen waren unter den Gästen. Es sollte gezeigt werden, welche Erfolge der Turn-Unterricht im abgelaufenen Schuljahr gehabt hat. Man wollte nicht Einzelleistungen tüchtigster Turner und Turnerinnen bewundern lassen, sondern ganze Klassen turnend vorführen. Die Klassen wurden von ihren Turnlehrern und Turnlehrerinnen geleitet, die Gesamtleitung hatte Oberturnlehrer Jöbel. Begreiflicherweise gab es bei dem Klassenturnen auch minder Gutes zu sehen, aber das Gesamtbild war recht erfreulich. An den Geräten, in den Freidübungen, in den gymnastischen Übungen und bei den Volkstänzen — überall war zu bemerken, daß Knaben und Mädchen mit gutem Gelingen zur Beherrschung des Körpers erzogen waren. Scharf ist es, zu entscheiden, ob die Knaben oder die Mädchen das höhere Lob verdienen. Die Mädchen waren den Knaben in den Freidübungen überlegen, und ein anmutiges Bild boten ihre Volkstänze. Auch im Geräteturnen leisteten die Mädchen sehr Anerkennenswertes, aber Reifer auf diesem Gebiet blieben doch die Knaben. Zu dem Rürturturnen, das den Schluß der Veranstaltungen bildete, traten die besten Turner der höheren Schulen an. Da gab es dann prächtige Leistungen zu sehen.

Mit Küchenmesser und Staubwedel.

Ein Mädchen als Schlafbürsche und Räuber.

Zu einer überraschenden Entdeckung führte ein Raub, der nachts in dem Hause Liniestraße 245 verübt wurde. Hier wohnte seit einiger Zeit ein „Schlafbürsche“, der sich Klaus von Baronski nannte, und in einem anderen abvermieteten Zimmer eine krank Frau. Die Frau erkrankte in der Nacht durch ein Geräusch und sah zu ihrem Schrecken den Schlafbürschen, ein Küchenmesser in der einen Hand und einen Staubwedel in der anderen, vor ihrem Bett stehen. Er drohte, daß er sie erlösen werde, wenn sie sich rühre, und so ließ sie es in der Angst geschehen, daß er ihre Brieftasche mit ihrer Barschaft unter dem Kopfkissen wegnahm und damit verschwand. Jetzt ergab sich, daß der unheimliche Mann auch in ein Zimmer der Birn in eingedrungen war, ein Spind erbrochen und Wäsche und andere Sachen daraus gestohlen hatte. Der Kriminalpolizei gelang es nunmehr, den Räuber zu fassen. In dem zuständigen Dezernat entpuppte er sich als — ein Mädchen, das sich jetzt Arbeiterin Klara von Baronski nannte, aber bald als eine 28 Jahre alte Klara Billig erkannt wurde, die der Kriminalpolizei schon bekannt war. Die Verhaftete ist homosexuell veranlagt und liebt es schon seit Jahren, Männerkleidung zu tragen. Sie hat auch wiederholt als Mann gearbeitet. Um ihre Namensänderung zu erklären, erzählt sie jetzt, daß sie sich noch dem Volkshochschulunterricht in Rusland mit einem Hauptmann von Baronski verheiratet habe. Das rätselhafte Mädchen wurde dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Ungeordneter Mietertag. Der Deutsche Mieterbund (Sitz Berlin) hält heute Sonnabend und Sonntag in den Sophienböden eine außerordentliche Tagung ab, die sich mit den schwebenden Fragen auf dem Gebiete des Mietwesens beschäftigt wird. Die Spitzengemeinschaften sind auf der Tagung vertreten.

Die Frauen und die Wahlarbeit. In einer stark besuchten Funktionärskonferenz, die gestern in den Sophienböden abgehalten wurde, sprach Gen. Lodenhagen über die Wahlarbeit in Berlin. In der Aussprache wurden die zahlreichen Fragen der Kleinarbeit erörtert.

Siegler, Jugendreihe der Freidenker. Sonntag, den 30. März, nachmittags 10 Uhr, Schloßpark-Deutscher (großes Haus), Schloßstraße. Mitwirkende: Arbeiter-Vereinigung Siegler (100 Personen), Künstler-Deutscherverein Lütz II (20 Personen), Registrator Lyndall, Arbeiter-Gesellschaft Stübentaler Ruge, Eintritt 50 Pf.

Wiederholung des Süd-Amerika-Vortrages. Die „Gesellschaft Deutscher Selbstarbeiter“ veranstaltet am 31. März eine Wiederholung ihres „S. A. Abends“ zu volkstümlichen Vorträgen mit dem ausschlagreichen, zweistündigen Lichtbildvortrag ihres Dir. H. v. Goelen über „Land und Leute in Südamerika und die Ausflüchte für deutsche Einwanderer“. Die Vorträge finden statt am heutigen Sonnabend, 8 Uhr, in der Aula der Werner-Siemens-Realschule, N. 20, Bahnh. 22, und am Sonntag, den 31. d. M., 8 Uhr, im „Nordischen Hof“, N. 4, gegenüber dem Stettiner Bahnhof.

Die grüne Kammer (im Hause des Weiserlaß). Am Sonntag, den 30. März, singt die Sopranistin Gerda Doras als Gast Lieber von Schumann, Wolf, Brahms und Gounod. Mitwirkend: Hans Fuhrmann-Buch, Lore Wagner, Hans Fuhrmann, Karl Burkhardt. Am Sonntag: Kurt Riebel.

Uberschwemmungskatastrophe in Polen.

Wasserhöhe der Weichsel 5 1/2 Meter über normal.

Die Überschwemmung an den Weichselufern hat einen katastrophalen Umfang angenommen. Die Wasserhöhe ist 5 1/2 m über normal, mehrere Vorküden von Warschau sind überschwemmt, ebenso zahlreiche Dörfer an den Ufern der Weichsel. In Lublin hat die Bystrzyca in einigen Teilen der Stadt die Straßen überschwemmt, besonders im südlichen Viertel. Auf der Linie Lublin-Rosnowod ist der Bahndamm auf einer 10 km langen Strecke überschwemmt. Der Verkehr mit Lemberg ist unterbrochen. Infolge Hochwasser der Wieprza ruht der Zugverkehr auf der Linie Warschau-Lemberg über Lublin. In der Wolowodschka Allee ist eine 200 m lange Brücke durch Hochwasser zerstört worden. In Gallizien hat der San das Dorf Wilczye überschwemmt, und in Pryemysl viel Schaden angerichtet.

Schiffszusammenstoß im Nordsee-Kanal. Der französische Dampfer „Leneriffa“ und der deutsche Dampfer „Dreane“ sind im Nord-Dissectanal zusammengestoßen. Beide Dampfer wurden schwer beschädigt, liefen aber schwimmfähig.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Sonntag, den 30. März, Treffpunkte zur Flugblattverbreitung!

1. Abt. Sieglitz, Kreisstr. 1. Die Flugblattverbreiter müssen ebenfalls erscheinen.
2. Abt. Sieglitz, Kreisstr. 1. Die Flugblattverbreiter müssen ebenfalls erscheinen.
3. Abt. Sieglitz, Kreisstr. 1. Die Flugblattverbreiter müssen ebenfalls erscheinen.
4. Abt. Sieglitz, Kreisstr. 1. Die Flugblattverbreiter müssen ebenfalls erscheinen.
5. Abt. Sieglitz, Kreisstr. 1. Die Flugblattverbreiter müssen ebenfalls erscheinen.
6. Abt. Sieglitz, Kreisstr. 1. Die Flugblattverbreiter müssen ebenfalls erscheinen.
7. Abt. Sieglitz, Kreisstr. 1. Die Flugblattverbreiter müssen ebenfalls erscheinen.
8. Abt. Sieglitz, Kreisstr. 1. Die Flugblattverbreiter müssen ebenfalls erscheinen.
9. Abt. Sieglitz, Kreisstr. 1. Die Flugblattverbreiter müssen ebenfalls erscheinen.
10. Abt. Sieglitz, Kreisstr. 1. Die Flugblattverbreiter müssen ebenfalls erscheinen.

Sport.

Eröffnungrennen auf der Olympiabahn.

Am kommenden Sonntag, 30. März, wird nun auch die Olympiabahn in Köpenick ihre Pforten wieder öffnen. Die Befreiung der Dauerrennen ist eine gute und vereint in sich die Fahrer Bauer, Thomas, Samoil, Ruschlow und den Dänen Röhberg, der für sich den Schrittmacher Gustav Wittig hat. Thomas fährt hinter Hüfner, Bauer hinter Gelpert, Samoil hinter Reinhold und Ruschlow hinter Bengel. Die Dauerfahrer bestreiten drei Rennen über 10, 20 und 30 km. Den Siegern sind zwei Hauptfahren und ein Brämienfahren über 15 km vorbehalten, zu denen etwa 35 Fahrer sich gemeldet haben. Die Rennen beginnen 8 Uhr nachmittags.

